



HESSISCHER LANDTAG

11. 12. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Bildungsgerechtigkeit durch bessere Lernbedingungen abbauen, ganztägig und gebührenfrei

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Herkunft noch immer massiv über den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler in Deutschland und Hessen entscheidet. Die jüngste IGLU-Studie bestätigt: In Familien, bei denen es mehr Bücher gibt und bei denen die Eltern Berufe mit höherer Qualifikation ausüben, können die Grundschüler deutlich besser lesen und mit Texten umgehen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Bildungsgerechtigkeit herzustellen und Schulpolitik stärker vom Kind aus zu denken. Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden, jedes Kind zu einem Abschluss zu führen und dabei die individuellen Bedürfnisse und Lernvoraussetzungen berücksichtigen.
3. Damit alle Kinder gleiche Chancen erhalten, muss Bildung - von der Kita bis zur Hochschule bzw. zum Meister - gebührenfrei sein.
4. Der Landtag erkennt an, dass ein wesentlicher Baustein zum Abbau von Chancenungleichheit der flächendeckende Ausbau der kostenfreien Ganztagsbeschulung ist. Die hessische Schulpolitik muss diesen Weg konsequent und zügig gehen. Hessen braucht weder ein Schulgeld durch die Hintertür noch einen Flickenteppich von Betreuungsangeboten.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Schulträgern ausreichend Stellen zur Verfügung stellen, um den tatsächlichen Ausbaubedarf ihrer Schulen decken zu können. Bisher entscheiden die Schulträger aufgrund einer durch das Land festgelegten Lehrerzuweisung für den Ganzttag über die Verteilung der Stellen auf die Schulen. Da die Zahl der zugewiesenen Stellen je Schulträger begrenzt ist, führt dies dazu, dass nicht alle Anträge von Schulen berücksichtigt werden können. Der Landtag fordert daher, die Lehrkräftezuweisung an den tatsächlichen Bedarf der Schulen gemäß Anmeldezahlen zu koppeln.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Schulträger so zu unterstützen, dass sie die notwendigen Rahmenbedingungen für mehr Ganztagsbeschulung schaffen können. Erforderlich sind etwa Mensen, Ruheräume, Lehrkräftearbeitsplätze und Regelungen zum Schülerverkehr, um jedem Kind den Besuch einer Ganzttagsschule zu ermöglichen.
7. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Anforderungen des Profils 3 der Ganztagschulrichtlinie so zu flexibilisieren, dass es mindestens sieben Zeitstunden in gebundener oder teilgebundener Form umfasst. Dies entspräche auch der Definition der Kultusministerkonferenz von Ganzttagsschulen.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Summe für "Geld statt Stelle", die bei 46.000 Euro liegt, auf 52.000 Euro zu erhöhen. Seit Jahren erhalten die Schulen durch die Teuerungszulage immer weniger Ressourcen zur Finanzierung ihrer Honorarkräfte und Materialien.
9. Der Landtag stellt fest, dass sich mit dem Wandel von Halbtagschulen in Ganztagschulen auch für die unterrichtenden Lehrkräfte der Alltag ändert. Die Öffnung der Schulen für außerschulische Kooperationspartner, Teamarbeit, Überschneidungen in den Arbeitszeiten, die besonderen Anforderungen an Inklusion, Konferenzen und Absprachen zum

gemeinsamen pädagogischen Arbeiten u.v.m. machen es erforderlich, dass die Landesregierung die Lehrkräfteaus- und -fortbildung auf ganztägiges Lernen und Arbeiten besser ausrichtet, damit die schulischen Abläufe gut funktionieren.

10. Der Landtag stellt fest, dass Schulleitungen den Großteil der Koordinierungs- und Organisationsarbeit im Ganztagsbetrieb leisten, und fordert die Landesregierung daher auf, den Schulleitungen zusätzlich Deputate für die Leitungszeit ganztägig arbeitender Schulen zur Verfügung stellen.

Begründung:

Die neue Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU), mit Daten aus dem Jahr 2016, zeigt: Die Leseleistungen der Viertklässler haben sich seit 2001 kaum verändert und liegen international nur im Mittelmaß. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Susanne Eisenmann (CDU), kommentiert dies so: "Vor dem Hintergrund ist Stagnation natürlich Rückschritt."

Gleichzeitig haben laut Studie die sozial bedingten Leistungsunterschiede zugenommen. Nach Ansicht der Autoren gelingt es den Grundschulen weder für mehr Bildungsgerechtigkeit noch für ein besseres Leistungsniveau zu sorgen. Der Leistungsvorsprung von Kindern aus Familien, in denen es mehr Bücher gibt und deren Eltern Berufe mit höherer Qualifikation ausüben, beträgt inzwischen mehr als ein Lernjahr. Die soziale Spaltung bei den Bildungschancen lässt sich auch daran ablesen, dass die Chance einer Gymnasialempfehlung steigt, je besser die sozioökonomische Stellung der Eltern ist, und dies völlig unabhängig von den Leistungen und kognitiven Fähigkeiten des Kindes.

Der Abstand zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Kindern vergrößert sich zunehmend. So ist der Anteil der im Lesen besonders leistungsstarken Schüler von 8,6 auf 11,1 % gestiegen, aber nur ein Drittel der leseschwachen Schülerinnen und Schüler erhielt eine zusätzliche schulische Förderung. Der Studienautor Wilfried Bos kritisiert explizit, dass die Bundesländer zu wenig dagegen unternommen haben, und kritisiert, dass es zwar mehr Ganztagschulen gebe, diese aber oft nur reine Betreuungseinrichtungen sind.

Ganztagschulen sind mehr als Betreuungseinrichtungen. Es sind Schulen mit altersgerechter Rhythmisierung und mit Förderkonzepten, die allen Schülerinnen und Schülern gerecht werden und bei entsprechenden Rahmenbedingungen jedes Kind individuell fördern können und individuelle Lernchancen bieten.

Ganztagschulen tragen der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler stärker Rechnung, weil Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Voraussetzungen mehr Zeit miteinander verbringen und länger gemeinsam lernen. Sie bieten auch bessere Bedingungen für die Umsetzung integrativer und inklusiver Beschulung. Kinder und Jugendliche profitieren nachweislich durch die Teilnahme an ganztägigen Angeboten nachhaltig im Sinne ganzheitlicher Bildung und werden in ihrer Entwicklung von kognitiven und sozialen Kompetenzen gefördert. Zusätzliche schulische Fördermaßnahmen am Nachmittag öffnen gerade benachteiligten Kindern Chancen, die sie in der Halbtagsschule nicht haben.

Damit sich mehr Schulen auf den Weg machen, braucht es ein Mehr an Ressourcen, Beratung, Fortbildung und Unterstützung sowie endlich einen Masterplan mit konkreten Zielvorgaben.

Wiesbaden, 11. Dezember 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel